

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 108. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 12. November 2015

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)**

Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen in Rheinland-Pfalz

Die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz konnte erneut gesenkt werden. Insgesamt waren im Oktober 2015 105 525 Menschen in Rheinland-Pfalz ohne Arbeit. Das sind rund 3 500 weniger als noch im Vormonat. Die Arbeitslosenquote lag bei 4,8 Prozent und sank gegenüber September 2015 um 0,2 Prozentpunkte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diesen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie stellt sich die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Rheinland-Pfalz dar?
3. Worauf führt die Landesregierung diese Entwicklung zurück?
4. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergreift die Landesregierung für die Entwicklung am Arbeitsmarkt?

2. Abgeordneter

Alexander Licht (CDU)

Ryanair streicht Verbindungen am Flughafen Hahn

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der angekündigten Streichungen von bis zu vier Verbindungen der Fluglinie Ryanair auf die Entwicklung der Passagierzahlen am Hahn ein?
2. Inwieweit wird es nach Einschätzung der Landesregierung durch die angekündigten Streichungen von bis zu vier Verbindungen zu Stellenkürzungen beim Flughafenpersonal kommen?
3. Inwieweit hat die Landesregierung in Kooperation mit dem Flughafenbetreiber versucht, der Streichung von Flugverbindungen entgegenzuwirken?
4. Welche Anstrengungen wurden diesbezüglich unternommen?

3. Abgeordnete

**Stephanie Nabinger und
Dr. Bernhard Braun**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meldungen über längere Laufzeit des Pannenmeilers in Cattenom

Nach aktueller Medienberichterstattung plant der französische Atomkraftwerksbetreiber Electricité de France (EDF) von 2028 an alle Reaktoren in Frankreich durch neuere Typen zu ersetzen. Davon wäre auch der grenznahe Pannenmeiler Cattenom betroffen. Dieser könnte in der Folge bis zum Jahr 2060 betrieben werden. Das AKW Cattenom, das stetig Störfälle meldet, stellt eine akute Bedrohung für die gesamte Region dar. Seit Jahren fordern der Landtag und die Landesregierung die Bundesregierung dazu auf, bei der französischen Regierung eine sofortige Abschaltung des Hochrisikoreaktors zu erwirken.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung über den in den Medien dargestellten Sachverhalt?
2. Würde eine Überholung des Atomkraftwerks in Cattenom nach Ansicht der Landesregierung eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und damit die Durchführung einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung nach sich ziehen?
3. Wie steht die Landesregierung zu einer möglichen Laufzeitverlängerung der Atommeiler von Cattenom von 40 Jahre auf 60 Jahre?
4. Wie steht die Landesregierung zu einer Fortführung der Nukleartechnologie bis 2060 durch den Neubau von Atomkraftwerken?

4. Abgeordneter

Michael Wäschenbach
(CDU)

MDK schafft neue zusätzliche Stelle in der Geschäftsführung

Die Antwort der Landesregierung vom 26. Oktober 2015 auf die Kleine Anfrage Nr. 3806 (Drucksache 16/5744) wirft neue Fragen auf.

Bisher hatte der MDK bzw. die Landesregierung von einer internen Findungskommission zur befristeten Besetzung des Geschäftsführerpostens berichtet. In der o. g. Antwort wird bestätigt, dass es eine Beauftragung einer Personalagentur gibt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die neu geschaffene Stelle einer/eines zweiten stellvertretenden Geschäftsführerin/Geschäftsführers keine reine Personalentscheidung ist, sondern die Grundsätze der Haushaltsführung betrifft und damit der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterliegt?
2. Hält das Ministerium es für eine geeignete Führungsstruktur, nach über 15 Jahren auf einmal eine zweite und damit zusätzliche Position der stellvertretenden Geschäftsführung einzustellen mit der Folge, dass zwei stellvertretende Geschäftsführer in der Hierarchie zusammenarbeiten?
3. Welches Interesse hat das Ministerium im Sinne der objektiven Patientenvertretung an der Neutralität des MDK und enthält das Anforderungsprofil für die neue Stelle diesbezügliche Reglementierungen hinsichtlich weiterer Kassenfunktionäre im Leitungsbereich des MDK?

5. Abgeordnete

**Alexander Schweitzer und
Wolfgang Schwarz (SPD)**

Landesgartenschau

Mitte Oktober 2015 ist die Landesgartenschau in Landau beendet worden. Die Besucherzahlen, die weit über den prognostizierten Zahlen lagen, zeigen, dass das Konzept der Landesgartenschau aufgegangen ist. Nicht nur direkt sondern auch indirekt war die Landesgartenschau ein Erfolg. Auch für die Stadt Landau war die Landesgartenschau ein Erfolg.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der Landesgartenschau?
2. Welche Auswirkungen hatte die Landesgartenschau touristisch?
3. Wie werden die langfristigen Auswirkungen auf das Land und die Region beurteilt?
4. Wie will die Landesregierung zukünftige Gartenschauen umsetzen?

6. Abgeordneter**Dr. Peter Enders (CDU)****Besetzung des Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität Mainz**

Im Sozialpolitischen Ausschuss am 10. März 2015 hat die Landesregierung einen Dienstbeginn des Lehrstuhls für Allgemeinmedizin für das Wintersemester 2015/2016 angekündigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand des Bewerbungsverfahrens?
2. Welche Personalauswahl ist ggf. getroffen worden?
3. Welche Lehrveranstaltungen werden durch den Lehrstuhl im Wintersemester 2015/2016 durchgeführt?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation vor dem Hintergrund der von der Landesärztekammer bereits vor längerer Zeit geforderten schleunigen Einrichtung des Lehrstuhls?

7. Abgeordneter**Dr. Bernhard Braun****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Auswirkungen von Infraschall auf die menschliche Gesundheit**

Der Ausbau der Windkraft in Rheinland-Pfalz war in den vergangenen Jahren äußerst erfolgreich. Die installierte Leistung konnte binnen viereinhalb Jahren beinahe verdoppelt werden. Damit ist das Land dem Ziel der Landesregierung, den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom bis 2030 bilanziell vollständig aus Erneuerbaren Energien zu decken, einen großen Schritt näher gekommen.

Im Rahmen der Diskussionen um den Ausbau der Windenergie vor Ort wird teilweise die Befürchtung geäußert, der durch von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall würde eine gesundheitliche Gefährdung von Anwohnerinnen und Anwohnern dieser Anlagen mit sich bringen. Vor diesem Hintergrund fand am 4. November 2015, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mittwochs im MULEWF“, eine Veranstaltung zum Thema „Infraschall und Windenergieanlagen“ statt.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Kann Infraschall nach Kenntnis der Landesregierung generell zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen?
2. Ist nach Kenntnis der Landesregierung speziell durch den durch Windenergieanlagen ausgehenden Infraschall mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu rechnen?
3. Worauf begründet die Landesregierung ihre Einschätzung?
4. Welche wissenschaftlichen Nachweise gibt es für die Behauptungen, Infraschall von Windkraftanlagen gefährde die Gesundheit von Anwohnerinnen und Anwohnern?

8. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp****und Heike Scharfenberger****(SPD)****Pflegekammer Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz errichtet zum 1. Januar 2016 die erste Pflegekammer in Deutschland. Ein von der Landesregierung berufener Gründungsausschuss trifft hierfür im Laufe des Jahres 2015 alle erforderlichen Vorbereitungen. Laut Presseberichten laufen die Vorbereitungen planmäßig inklusive der Registrierung der Berufsangehörigen, die Mitglieder der Landespflegekammer werden und in das Wählerverzeichnis für die ersten Kammerwahlen aufzunehmen sind. Das Wählerverzeichnis wurde am 16. Oktober 2015 geschlossen, am selben Tag endete die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Resonanz der Pflegekräfte auf den Aufruf des Gründungsausschusses, sich bis zum 16. Oktober 2015 im Wählerverzeichnis registrieren zu lassen, und wie viele in Rheinland-Pfalz beschäftigte Pflegekräfte werden bei den ersten Kammerwahlen Anfang Dezember 2015 wahlberechtigt sein?
2. Wie viele Pflegekräfte stellen sich auf wie vielen Wahllisten zur Wahl?
3. Mit welchen Aktivitäten informiert der Gründungsausschuss über die bevorstehende Kammerwahl?

9. Abgeordneter
Dr. Axel Wilke (CDU)

Mehrarbeit bei den Familiengerichten aufgrund des Anwachsens der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Laut Presseberichten ist mit einem deutlichen Anwachsen der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welchem konkreten Mehrarbeitsanfall rechnet die Landesregierung deshalb bei den Familiengerichten?
2. Welche Schritte wurden oder werden ergriffen, um diese Mehrbelastung aufzufangen, ohne dass darunter andere Zuständigkeiten der Familiengerichte leiden?

10. Abgeordnete
Guido Ernst und
Marion Schneid (CDU)

Qualität der rheinland-pfälzischen Bildung

Angesichts der dynamischen Zuzugszahlen, der wachsenden Zahl inklusiv unterrichteter Schüler und der seit Jahren unzureichenden Unterrichtsversorgung stellt sich die Frage, ob alle bildungspolitischen Herausforderungen bewältigt werden können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrerstellen plant die Landesregierung im Vergleich zum Schuljahr 2014/2015 für die Sprachförderung ein?
2. Wie viele Lehrerstellen plant die Landesregierung im Vergleich zum Schuljahr 2014/2015 für die Umsetzung der schulischen Inklusion ein?
3. Wie hat sich die Gesamtzahl der unterrichteten Stunden aller rheinland-pfälzischen Schulen im Vergleich zum Schuljahr 2014/2015 entwickelt?
4. Kann die Landesregierung garantieren, dass die Sprachförderung bedarfsdeckend angeboten wird, die Qualität der sonderpädagogischen Förderung erhalten bleibt und die Unterrichtsversorgung vollständig angeboten wird?

11. Abgeordnete
Benedikt Oster,
Astrid Schmitt und
Hans Jürgen Noss
(SPD)

Begleitetes Fahren mit 17 in Rheinland-Pfalz

Seit dem Jahr 2005 ist es in Deutschland möglich, mit 17 Jahren das sogenannte BF 17 (Begleitetes Fahren ab 17), also die Fahrerlaubnis, zu erwerben. In der Praxis kann man ab 16 ½ Jahren damit beginnen.

Nun, nach zehn Jahren des begleiteten Fahrens in Deutschland und somit auch in Rheinland Pfalz, fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird das BF 17 in Rheinland-Pfalz angenommen, beziehungsweise wie viel Prozent der rheinland-pfälzischen Jugendlichen haben bis jetzt daran teilgenommen?
2. Gibt es regionale Unterschiede wie stark das BF 17 in Anspruch genommen wird?
3. Wie sehen die Unfallstatistiken der BF 17-Fahrerinnen und -Fahrer aus?

12. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lärmaktionspläne in Rheinland-Pfalz

In vielen Städten werden Lärmaktionspläne zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor den belastenden Auswirkungen von Lärm-Immissionen erstellt. Dies war auch Gegenstand einer Anhörung im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten am 3. November 2015. Grundlage dieser Aktionspläne ist das Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes (BImSchG). Demnach stellen die zuständigen Behörden Lärmaktionspläne auf, in denen die Lärmprobleme und Lärmauswirkungen sowie entsprechende Lösungen für die betroffenen Städte und Gemeinden geregelt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche schädlichen Auswirkungen sind durch Lärmimmissionen nach aktuellen Erkenntnissen, beispielsweise der NORAH-Studie, feststellbar?
2. In welchen Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz wird derzeit an Lärmaktionsplänen gearbeitet und wo sind die Arbeiten bereits abgeschlossen?
3. Mit welchen Maßnahmen können die Kommunen in Lärmaktionsplänen zur effektiven Reduzierung der Belastungen beitragen?
4. Inwieweit können Tempo 30-Maßnahmen auf Durchgangsstraßen einen Beitrag zur Lärmreduzierung leisten?

13. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Martin Brandl
(CDU)

Sprachförderung an rheinland-pfälzischen Schulen

Im aktuellen Schuljahr steigt die Zahl der Schüler mit Sprachförderbedarf stark an.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Mit wie vielen Schülerinnen und Schülern mit Sprachförderbedarf rechnet die Landesregierung bis zum Halbjahreswechsel?
2. Wie viele Lehrerstellen plant die Landesregierung im Gegensatz zum vorangegangenen Schuljahr für zusätzliche Klassenbildungen und Sprachkurse bis zum Halbjahreswechsel ein?
3. Nach welcher Systematik sollen Schüler anderer Muttersprache in die berufsbildenden Schulen integriert werden?
4. Kann die Landesregierung garantieren, dass die Intensivsprachkurse an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen landesweit bedarfsgerecht angeboten werden können?

14. Abgeordnete
Astrid Schmitt und
Johannes Klomann
(SPD)

Schiersteiner Brücke

Nachdem es im Frühjahr zu einem Bauunfall an der Schiersteiner Brücke gekommen war, musste sie für kurze Zeit vollständig für jeglichen Verkehr gesperrt werden. Eine Öffnung für den Verkehr mit Fahrzeugen leichter als 3,5 Tonnen konnte dann zeitnah bereits im April wieder erreicht werden. Seit Samstag, dem 6. November 2015, ist die Brücke nun auch für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen wieder freigegeben.

Zwischenzeitlich war den Medien zu entnehmen, dass es auf hessischer Seite zu Verzögerungen beim Bau des entsprechenden Teilstücks kommen wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen waren nötig, um eine Öffnung der Schiersteiner Brücke für den Lkw-Verkehr zu erreichen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Verkehrssituation um und auf der Brücke in den ersten Tagen seit der Öffnung?
3. Was ist der Landesregierung über die Gründe bekannt, die zu einer Verzögerung des Baus auf hessischer Seite geführt haben?

15. Abgeordnete
Wolfgang Schwarz und
Hans Jürgen Noss
(SPD)

Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation

Laut Bundeskriminalamt hat die Zahl der Gewalttaten gegen Flüchtlinge in Deutschland in den letzten Monaten immer weiter zugenommen. Wie der Presse am 5. November 2015 zu entnehmen war, bestätigte das Innenministerium auf Anfrage dem Südwestrundfunk, dass auch in Rheinland-Pfalz die Anzahl der Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte deutlich angestiegen ist. Gleichzeitig schüren Rechtspopulisten Ängste und Vorurteile vor den Flüchtlingen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über Kriminalität gegen Flüchtlinge bzw. Flüchtlingsunterkünfte in Rheinland-Pfalz vor?
2. Welche Erkenntnisse gibt es über die Kriminalitätsentwicklung in den Unterkünften bzw. im Umfeld der Unterkünfte?
3. Welche sicherheitsrelevanten Maßnahmen ergreift die Landesregierung in diesen Zusammenhängen?

16. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Einhaltung der Schuldenbremse auch in der Flüchtlingskrise

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche haushaltspolitischen Schritte hält die Landesregierung für erforderlich, um auch bei steigenden Kosten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen das Gebot der Landesverfassung zur Verabschiedung eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung einzuhalten?
2. Welche Gründe sprechen nach Einschätzung der Landesregierung dagegen, dass es gelingen kann, die Kosten der Flüchtlingskrise ohne Neuverschuldung des Landeshaushaltes zu finanzieren?
3. In welcher Weise sieht die Landesregierung die in der Landesverfassung bestimmten Ausnahmebedingungen für eine Neuverschuldung des Landes durch die Flüchtlingskrise berührt?
4. Welchen Beitrag will die Landesregierung dafür leisten, dass die verfassungsrechtliche Beurteilung der Flüchtlingskrise für die Einhaltung der Schuldenbremse zwischen Bund und Ländern abgestimmt im Konsens erfolgt?

17. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Prävention: Umsetzung des „Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz“

Der Ministerrat hat das „Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in RLP“ beschlossen, dass das federführende Kinder- und Jugendministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Bildungsministerium und dem Justizministerium erarbeitet hat.

Bundesweit ist eine Zunahme von islamistischer Radikalisierung zu verzeichnen. In diesem Rahmen existieren verschiedene Gruppen oder Organisationen, aber auch Einzelpersonen, die radikalislamistisch geprägte Ideologien vertreten und über ein großes Gewaltpotenzial verfügen. Nach Auskünften von rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden ist derzeit von einer Gesamtzahl von ca. 600 Islamistinnen und Islamisten auszugehen, von denen 120 salafistische Bestrebungen aufweisen. Überwiegend junge Menschen sind empfänglich für islamistische Radikalisierungen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt das Konzept?
2. Wie ist das Konzept aufgebaut?
3. Wie vollzieht sich die Arbeit in der Beratungsstelle?
4. Wie wird das Präventionskonzept finanziert?

18. Abgeordneter
Guido Ernst (CDU)

Rolle der Sportvereine bei der Integration

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich der Kontakt zwischen Landesregierung und Sportvereinen bei der Integration von Flüchtlingen?
2. Wie viele Sportvereine in Rheinland-Pfalz haben aktiv Flüchtlingen Kurse oder Trainingslager angeboten?
3. Wie viele Turnhallen im Land sind derzeit durch Flüchtlinge belegt?
4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass der Vereins- und Schulsport trotz der Flüchtlingsproblematik geregelt weitergehen kann?

19. Abgeordnete

**Benedikt Oster und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)**

17. Shell Jugendstudie

Als „bemerkenswert, überraschend und richtungsweisend“ kommentieren die beteiligten Wissenschaftler das Ergebnis der aktuell vorgelegten 17. Shell Jugendstudie. Die heutige junge Generation befindet sich offensichtlich im Aufbruch. Sie will mitgestalten und immer mehr junge Leute entdecken dabei auch ihr Interesse an Politik. Der großen Mehrheit der Jugendlichen ist es wichtig, „die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren“. Respekt gegenüber Kultur und eigener Tradition, Anerkennung der Vielfalt der Menschen und Bewusstheit für Umwelt und Gesundheit spielen eine wichtige Rolle.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Shell Studie?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Ergebnisse der Shell Jugendstudie für Rheinland-Pfalz?
3. Mit welchen Projekten unterstützt die Landesregierung die Einbindung von Jugendlichen in politische und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse in Rheinland-Pfalz?

20. Abgeordnete

**Adolf Kessel und
Gerd Schreiner (CDU)**

Holzbauweise für Flüchtlingsunterkünfte

Laut Ankündigungen der Landesregierung werden aktuell am Hahn Flüchtlingsunterkünfte errichtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Wohneinheiten werden aktuell in Holzbauweise erstellt (Angaben bitte in Quadratmeter und Kubikmeter umbauten Raumes)?
2. Bis wann ist mit einer Fertigstellung der Unterkünfte zu rechnen?
3. Wie hoch werden die Kosten für die Unterkünfte in Holzbauweise sein?
4. Plant die Landesregierung den Bau weiterer Unterkünfte in Holzbauweise?

21. Abgeordnete

**Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einigung bei Regionalisierungs- und Entflechtungsmitteln

Am 15./16. Oktober 2015 haben Bundestag und Bundesrat einer Einigung zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel) zugestimmt. Bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel unter den Ländern konnte jedoch im Vermittlungsausschuss am 14. Oktober 2015 noch keine Verständigung erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse wurden im Einzelnen zwischen dem Bund und den Ländern erzielt?
2. Welche Auswirkungen haben die Ergebnisse des Bund-Länder-Kompromisses hinsichtlich der Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel für Rheinland-Pfalz?
3. Gab es bei den bislang erzielten Ergebnissen eine Verständigung hinsichtlich der seit Jahren steigenden Trassen- und Stationsgebühren durch die Deutsche Bahn AG?
4. Können alle geplanten Weiterentwicklungen des Rheinland-Pfalz-Taktes im Fahrplanangebot und im Streckennetz mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln umgesetzt werden?

22. Abgeordnete

**Bettina Brück und
Benedikt Oster
(SPD)**

START-Stipendium

Wie der Presse zu entnehmen war, hat Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann am 14. Oktober 2015 elf Jugendlichen im Landtag die Aufnahmeurkunden für das START-Stipendium, der mittlerweile größten deutschen Bildungsinitiative für Jugendliche mit Migrationshintergrund, überreicht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien werden die Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewählt?
2. In welcher Form werden die Stipendiatinnen und Stipendiaten unterstützt?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler wurden bzw. werden seit Beginn von START gefördert?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Konzept des START-Stipendienprogramms als Option für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund?

23. Abgeordnete**Matthias Lammert und
Andreas Biebricher (CDU)****Einsatz der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz**

Jüngsten Presseveröffentlichungen zufolge leistet die Bundeswehr einen spürbaren Beitrag bei der Unterbringung, Registrierung und Versorgung von Flüchtlingen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Bundeswehrsoldaten waren bisher auf Anforderung der Landesregierung in den einzelnen Bereichen der Flüchtlingsarbeit tätig?
2. Wie viele Bundeswehrsoldaten waren nach Kenntnis der Landesregierung bisher auf Anforderung der Kreise und kreisfreien Städte in den einzelnen Bereichen der Flüchtlingsarbeit tätig?
3. Bestehen zwischen der Landesregierung und dem Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz Verbindungen, um den Wissensaustausch in Fragen der Flüchtlingsbegleitung und -betreuung zu intensivieren?
4. In welchem Maße wird die Landesregierung in den kommenden Wochen auf die Angebote der Bundeswehr zurückgreifen?